

Wildbader

Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. (einschl. Hauspost); durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.70 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskassensparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Gabelte & Co., Wildbad; Sparkasse: Sparkasse Filiale Wildbad. — Postfachkonto 291 A Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeitzeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamezeile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 5 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 56, Telefon 479. — Wohnung: Haus Bollmer.

Nummer 19 Fernruf 479

Samstag den 24. Januar 1931

Fernruf 479

66. Jahrgang.

Das Gespenst der Kapitalflucht

„In der allerlehten Zeit ist eine neue verstärkte Kapitalflucht von Deutschland nach Holland festzustellen“ — so konnte man dieser Tage in der Wirtschaftszeitung eines großen Berliner Blattes lesen. Dort wird vor holländischen Schwimmbänken gewarnt, die besonders an der deutschen Westgrenze ihr Unwesen treiben. Sie suchen deutsche Kapitalisten zu fogen. „Sicherheitskapitalanlagen“ in Holland unter dem Vorgeben zu veranlassen, daß sie absolute Sicherheit und hohe Verzinsung (bis zu 12 Prozent) zu bieten imstande seien.

Wie steht es überhaupt mit der Kapitalflucht, von der heute so viel gesprochen wird? Vor allem läßt sie sich in Zahlen nicht feststellen. Die einen sprechen von fünf, die anderen sogar von 15 Milliarden, die angeblich von deutschen Kapitalisten im Ausland untergebracht worden seien, etwa um ihr Geld der deutschen Besteuerung zu entziehen, oder um es vor einer neuen Inflation sicherzustellen.

Was versteht man nun unter Kapitalflucht? Ist die Warenausfuhr, also Unterbringung von Rohstoffen, Halbfabrikaten, Fertigwaren — lauter Kapitalen — oder Schaffung von Wertanlagen im Ausland (etwa Fabriken, Transportmittel, Elektrizitätswerke u. a. m.) Kapitalflucht? Gewiß nicht. Warum soll nicht ein Volk seine Lieberschiffe in anderen Volkswirtschaften vorteilhaft unterbringen? Bolands, wenn kein Staatsangehöriger die Einnahmen, die er aus solchen Investitionen erzielt, rechtmäßig versteuert und dadurch seinem Vaterland die Einnahmen nicht entzieht, die er ihm schuldet.

Nicht jede Kapitalausfuhr ist Kapitalflucht. Diese beginnt da, wo der Besitzer aus Sorge vor innerpolitischen Krisen und Eingriffen glaubt, sein Kapital im Ausland in Sicherheit bringen zu müssen. Dieser Beweggrund kann so stark sein, daß er lieber auf die hohen Zinsen im Inland verzichtet, vielmehr sich mit dem niedrigeren Zinsfuß (in der Schweiz z. B. bis zu 0,5 Prozent) begnügt. Dabei bedenkt er nicht, daß er mit seiner Kapitalflucht zur Steigerung des einheimischen Kapitalmangels und der hohen Zinsfüße und damit zur Vermehrung der inländischen Krise und Arbeitslosigkeit beiträgt.

Noch schlimmer gestaltet sich die Kapitalflucht, wenn sie sich mit der Steuerflucht paart. In Deutschland sind die Steuerflüchtlinge — und daran hat unsere Erfüllungsk- und Tributpolitik ihr wohlgerüttelt Maß von Schuld und Mitschuld — außerordentlich hoch. Bei größeren Einkommen ist unter Umständen mehr als die Hälfte an den Steuerfiskus abzuführen. In einigen Nachbarländern dagegen zahlt man nur einen Bruchteil dieser hohen Steuern. Daher die Fortschaffung des steuerpflichtigen Einkommens ins Ausland!

Wie nun diesem Uebel begegnen? Mit gesetzlichen Maßnahmen läßt sich auf diesem dunklen Gebiet nichts ausrichten. Das ist nur möglich durch Wiederherstellung des Vertrauens zur Sicherheit des Kapitals im eigenen Land; im Besonderen: durch Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, durch Anpassung unseres Steuersystems und der Steuerfüße an die Verhältnisse im Ausland, durch Aufklärung über die Festigkeit unserer Währung, die eine zweite Inflation unmöglich macht, durch Mäßigung in der Kritik unserer wirtschaftlichen Lage. Nur so wird die „Sicherheitspsychose“ und damit das Gespenst der Kapitalflucht gebannt.

„Je weniger man in Deutschland von der Kapitalflucht spricht, desto besser. Worauf es ankommt, ist positive, Vertrauen schaffende Arbeit.“ (Gustav Cassel.)

Sturz des Kabinetts Steeg

Paris, 23. Jan. In der Kammer wurde gestern eine Große Anfrage über die Getreidespekulation behandelt. Es wurde auf die angebliche Gegnerschaft zwischen Landwirtschaftsminister Boret und dem Handels-Unterstaatssekretär Leon Meyer hingewiesen. Abg. Bupal machte Boret zum Vorwurf, daß er seinen Entwurf der Erhöhung des Getreidezolles von 169 auf 175 Franken vorzeitig an gewisse Kreise bekanntgegeben und dadurch die Madenschaften der Börsenspekulanten begünstigt habe. An der Pariser Warenbörse sei dann plötzlich der Umsatz an Getreide auf das Fünffache gestiegen. Die französischen Landwirte verkauften ihr Getreide an die Händler zu den alten billigeren Preisen und die Spekulanten setzten sich, da sie von der Absicht der Zollerhöhung erfahren konnten, in den Besitz des größten Teils der französischen Ernte und machen nun Riesengewinne. Von der Zollerhöhung haben nun also nicht die Landwirtschaft, sondern nur die Elemente den Gewinn, die sich in den Vorzimmern der Ministerien herumtreiben und Nachrichten für ihre Spekulationen zu erhalten trachten.

Minister Boret erklärte, Bupal habe stark übertrieben. Er (Boret) habe stets die Spekulation bekämpft. Meyer wurde von mehreren Abgeordneten aufgefordert, doch auch

Tagespiegel

Wie verläuft, wird der deutsche Gesandte in Peking, Dr. v. Borch, von seinem Posten zurücktreten und durch den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Dr. Trautmann, ersetzt werden.

Das amerikanische Schahamt ließ verschiedenen einflussreichen Parlamentsmitgliedern eine Aufstellung über die Kriegsschulden zugehen, die sich gegen jede Streichung ausspricht. England habe nur 4,2, Frankreich 1,5 und Italien 0,5 v. H. seiner Gesamtausgaben für ihre Kriegsschulden jährlich zu bezahlen.

zu der Spekulantengeschichte nun zu äußern. Da Meyer dies ablehnte, wurde die Hauptausgabe geschlossen.

Es wurden nun die zu der Frage vorgelegten Tagesordnungen vorgelesen. Die Tagesordnung Bupal bedauert, daß durch die vorzeitigen Mitteilungen Borets an Spekulanten die Interessen der Produzenten und Verbraucher geschädigt worden seien. Abg. Paccaud (Radikale Linke) beantragt dagegen eine Vertrauenserklärung für die Regierung. Es entspann sich eine Aussprache, über welche Tagesordnung zuerst abgestimmt werden soll. Ministerpräsident Steeg verlangte, daß zuerst über die Vertrauenserklärung abgestimmt werde, und stellte die Vertrauensfrage.

Die Kammer beschloß mit 293 gegen 283 Stimmen, daß über den Antrag Bupal zuerst abgestimmt werde. Ersterminister Steeg erklärte darauf den Rücktritt des Kabinetts. Staatspräsident Doumergue hat das Rücktrittsgesuch angenommen.

Für die Regierung stimmten die Sozialistisch-Radikalen, die Sozialisten und die Sozialrepublikaner geschlossen, gegen die Regierung stimmten die Rechte, die Mitte und die Kommunisten. 30 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Sozialisten beschuldigen die Kommunisten, daß sie die Regierung gestürzt hätten.

Der Sturz des Kabinetts Steeg beweist, daß in der jetzigen Kammer eine linksrepublikanische Koalition nicht lebensfähig ist. Es bleiben die beiden Möglichkeiten, die Konzentration der Mitte zu schaffen, oder wieder zur alten Mehrheit Lardieus, zum nationalen Bloc, zurückzukehren.

So liegen die Dinge. Große politische Aufgaben werden bei der Kabinettskrise kaum eine Rolle spielen, denn jedes Kabinett, das kommt, muß in erster Linie für die Verabschiedung des Haushaltsplans und in zweiter Linie für die Verabschiedung der Wirtschaftsreform Sorge tragen. Außenpolitisch ist die Lage klar, und innerpolitisch steht vorläufig die Frage der Präsidentschaftswahl noch nicht auf der Tagesordnung, da sie erst Ende Mai oder Anfang Juni erfolgen wird.

Neue Nachrichten

Dr. Wirth beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichsminister des Innern Dr. Wirth zum Vortrag.

Keine Anleiheverhandlungen

Berlin, 23. Jan. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß zurzeit Verhandlungen über Anleihen von Deutschland mit niemand geführt werden. Die Frage der Unterbringung der 300 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien, über die verhandelt wird, hat mit Anleiheverhandlungen nichts zu tun.

Ausdehnung der Berufsschulpflicht in Preußen

Berlin, 23. Jan. Der Haushaltsausschuß des Preussischen Landtags hat einen Antrag angenommen, daß die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren zu einem zusätzlichen Unterricht von mindestens 12 Stunden in der Woche in der Berufsschule in allen Regierungsbezirken verpflichtet sind. Bisher galt die Bestimmung nur für 7 Regierungsbezirke. Gegen das neunte Schuljahr sprachen sich die meisten Parteien aus. Von deutschnationaler Seite wurde begrüßt, daß durch die Ausdehnung der Berufsschulpflicht 130 000 jugendliche Erwerbslose von der Strafe genommen werden.

Polnische Dreistigkeit

Berlin, 23. Jan. Der Führer der polnischen Minderheit in Deutschland, Kaczmarek, hatte in einem Wahlaufruf bei der letzten Reichstagswahl geschrieben, kein in Deutschland lebender Pole dürfe für das bankrotte Deutschland seine Stimme abgeben. Der „Reichsbote“ hatte dies scharf kritisiert und von dem „berühmtesten Führer der polnischen

Minderheit“ gesprochen. Kaczmarek verlangte vom Gericht, daß es in polnischer Sprache verhandele. Der Vorsitzende erklärte ihm, daß er vor einem deutschen Gericht stehe. Wenn er (Kaczmarek) polnisch sprechen wolle, so möge er es tun, das Gericht werde es aber unbeachtet lassen. Der Verteidiger des „Reichsboten“ beantragte, daß über die deutschfeindliche Betätigung des Kaczmarek, der übrigens auch deutsch spricht, Beweise erhoben werden. Das Gericht gab dem Antrag statt und vertagte die Verhandlung.

Was würde wohl in Polen mit einem deutschen „Kaczmarek“ geschehen?

Mecklenburg will Osthilfe

Schwerin, 23. Jan. Das Ministerium hat den Reichskanzler gebeten, Mecklenburg in die Osthilfe einzubeziehen. Die Lage der mecklenburgischen Landwirtschaft sei derart, daß die Frühjahrsbestellung gefährdet sei, da die Mittel für den Ankauf von Kunstdünger fehlen und Kreditbeschaffung unmöglich sei. Die Beunruhigung im Land sei sehr groß.

Gründung einer „Deutschen Studentenschaft“ in Heidelberg

Heidelberg, 23. Jan. Der Aktionsausschuß der nationalen Studentenschaft beschloß die Gründung der „Deutschen Studentenschaft“, die einen Ersatz für den AStA bilden soll. In der Presse wird außerdem von einem anderen Aktionsausschuß ein Aufruf erlassen, der die Abberufung des Professors Gumbel von der Universität fordert. Der Rektor der Universität erließ heute eine Kundgebung, in der er die Studierenden auf morgen mittag zu einer gemeinsamen Aussprache einlädt.

Berteidigung der Gemeindebeamten

Köln, 23. Jan. In der gestrigen Kölner Stadtverordnetenversammlung wandte sich Oberbürgermeister Dr. Adenauer gegen die Angriffe gegen städtische Amtsstellen. Die Erbitterung unter den städtischen Beamten über die ungerechte Behandlung der kommunalen Tätigkeit in der gesamten Öffentlichkeit sei außerordentlich groß. Das gelte nicht nur für Köln, sondern für alle Gemeinden im Reich. Die Gemeindebeamten stehen in der vordersten Frontlinie und werden ständig mit Schmutz beworfen. Die Angriffe auf die kommunale Beamenschaft gehen nicht allein von der Wirtschaft aus, sondern — er lasse das mit voller Absicht — der Beamenschaft habe sich eine sehr große Erbitterung bemächtigt gerade über das Verhalten der Reichsstellen.

Das Ermächtigungsgesetz vom Danziger Volkstag angenommen

Danzig, 23. Jan. Gegen 1.45 Uhr früh nahm der Volkstag nach stürmischer Sitzung in namentlicher Schlussabstimmung das Ermächtigungsgesetz mit 40 gegen 24 Stimmen an.

Bei der Abstimmung über die Kürzung der Beamtenegehälter stimmten im Volkstag 41 Abgeordnete dafür, 25 dagegen. Da der Antrag verfassungswidrig ist, ist er abgelehnt, weil er keine Zweidrittelmehrheit erhielt.

Neue außerordentliche Ratstagung

Genf, 23. Jan. Dr. Curtius hatte heute vormittag eine Besprechung mit dem britischen Außenminister Henderson, mit dem er die Abwicklung der noch nicht erledigten Punkte der Tagesordnung des Rats besprach. Der Rücktritt des Kabinetts Steeg hat in den Wandelgängen des Völkerbundssekretariats zu den verschiedensten Vermutungen Anlaß gegeben. Man hört die Meinung, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß Briand für die Ministerpräsidentenschaft des neuen französischen Kabinetts in Frage komme. Aus englischen Kreisen verlautet, daß erwogen wird, mit den Arbeiten der Ratstagung jetzt vorläufig abzuschließen und die endgültige Regelung der noch offenen Fragen einer in kürzester Frist einzuberufenden außerordentlichen Ratstagung zu übertragen. Auch die für heute vorgesehene Zusammenkunft Briands mit Curtius scheint im Augenblick in Frage gestellt zu sein.

Massenverurteilungen in Italien

Castanissetta (Sizilien), 23. Jan. Nach langwierigen Verhandlungen wurde gestern das Urteil über 86 Mafia-Mitglieder gefällt, denen insgesamt 2800 Jahre Zuchthaus zur Last gelegt wurden. 55 der Beschuldigten wurden freigesprochen. Ein Urteil lautet auf lebenslängliches Zuchthaus, 5 auf je 30 Jahre Gefängnis. Den übrigen 26 wurden insgesamt etwa 1000 Jahre Gefängnis zugesprochen.

Wiederaufnahme des Ringslandprozesses?

Washington, 23. Jan. Der Vertreter der amerikanischen Regierung bei der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission reichte gestern den Antrag auf Wiederaufnahme des Ringslandprozesses ein, bei dem es

sich bekanntlich um die Zerstörung einer Munitionsfabrik in Kingsland (Newport) während des Kriegs handelt, die nach der von der Kommission in ihrer ersten Entscheidung zurückgewiesenen Ansicht des Anklagevertreters auf einen deutschen Saboteur zurückzuführen gewesen sein soll. Der Wiederaufnahmeantrag wird damit begründet, daß der Schiedsrichter der Kommission bei der Entscheidung mitgestimmt habe. Außerdem wird der Kommission der Vorwurf gemacht, daß sie die belastenden Aussagen eines gewissen Herrmann, der angeblich im Jahr 1918 im Auftrag des deutschen Generalstabs Bleistifte mit Zündmaterial zur Inbrandsetzung der Munitionsfabrik in Kingsland herstellte, als ungläubwürdig zurückgewiesen habe, ohne ihn direkt zu hören. Ferner wird gerügt, daß die Kommission die Weigerung der deutschen Regierung, den Bericht des deutschen Gesandten in Chile über die ersten Vernehmungen Herrmanns vorzulegen, nicht als belastend für Deutschland gewertet habe.

Der Vertreter der deutschen Regierung veröffentlicht nunmehr eine Erwiderung, in der er ausführt, daß Bonynge lediglich seine bereits vor der Entscheidung der Kommission in Ausführllichkeit dargelegten Argumente wiederhole. Die Tatsache, daß Bonynge, sowie die Anwälte der Privatkläger mit den von zwei amerikanischen und einem deutschen Mitglied der Kommission zugunsten Deutschlands gefällten Schiedsspruch nicht einverstanden seien, stellen keinen ausreichenden Grund für die Aufnahme des Prozesses dar.

Reichsgründungsfeier im bayerischen Landtag

München, 23. Jan. Der Landtag trat heute vormittag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, der übrigen Staatsminister und Staatssekretäre zur Entgegennahme des Haushaltsplans 1931 zusammen. Präsident Stang eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er an die Reichsgründung am 18. Januar 1871 erinnerte. Die geschichtliche Entwicklung habe von ehmaligen Glanz in abgrundtiefer Not geführt. Am Reich, als wertvollstes Gut der Kämpfe und Mühen unserer Eltern gelte es festzuhalten und es wieder, so Gott wolle, einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Das werde aber nur gelingen, wenn die Quelle der inneren Lebenskraft des Reichs, die lebendige Reichsfreudigkeit seiner Bürger nicht verflüchtigt, sondern der föderative Charakter seines Aufbaues durch die Abwehr gefährlicher Experimente, sei es auf finanziellem, politischem oder staatspolitischem Gebiet gewahrt bzw. wieder hergestellt werde.

Dann sei auch der Weg offen für die Rückkehr jener Millionen Volksgenossen, die bei der Reichsgründung aus dem Verband des Reichs ausgeschlossen blieben.

Hierauf nahm der Leiter des Finanzministeriums, Staatsrat Dr. von Denstedt, das Wort. Der mit mehrmonatiger Verspätung übergebene Haushaltsplan für 1931 schließt im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt mit einer Gesamtschuldsumme von 845 908 945 Mark in Einnahmen und Ausgaben, also ohne Fehlbetrag ab.

Staatsrat Denstedt forderte in seiner Etatsrede Zollschutz für den deutschen Holzmarkt gegen die übermäßige Einfuhr besonders aus Rußland und Polen, sowie eine Senkung der Reichsbahnstarife für die Holzsorten. Die Staatsregierung wende ihr besonderes Augenmerk auf die Maßnahmen zur Behebung der Arbeitsnot. Die Bestrebungen der Reichsregierung zur Beseitigung ungerechtfertigter Preisspannen und zur Ermäßigung der Produktionskosten müssen bei allseitiger Unterstützung zu einer Verbilligung der Lebenshaltungskosten führen.

Die bayerische Staatsregierung habe hinreichend bewiesen, daß sie bereit sei, bei der ungeheuren Notlage des Reichs grundsätzliche Bedenken gegen Eingriffe des Reichs in Gesetzgebungsgebiete der Länder zurückzustellen, wenn den Maßnahmen vom praktischen Standpunkt aus beigestimmt werden könne. Hinsichtlich des künftigen Finanzausgleichs behalte sich die Regierung ihre Stellungnahme vor, bis die Pläne der Reichsregierung bestimmtere Gestalt angenommen hätten. Eine Verschlechterung zugunsten der Länder müsse auf jeden Fall abgelehnt werden. Auch das schwere Problem der Last der Reparationsverpflichtungen harre noch der Regelung. Es sei zu wünschen, daß es einer zielbewußten und tatkräftigen deutschen Außenpolitik gelingen möge, diese wichtigsten aller Gegenwartsfragen im richtigen Zeitpunkt wieder aufzugreifen und vorwärtszubringen.

Württemberg

Weitere Forderung der Wohnungszwangswirtschaft

Stuttgart, 23. Jan. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach den Wahrnehmungen des Innenministeriums über den Stand der Wohnungsnot in Württemberg ist die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, das noch in 30 Gemeinden des Landes in Geltung steht, in einer Reihe von weiteren Gemeinden ohne große Schwierigkeiten durchführbar. Eine Weitergeltung des Wohnungsmangelgesetzes ist vorläufig nur noch erforderlich für Stuttgart und die im Groß-Stuttgarter Wirtschaftsgebiet liegenden Gemeinden Eßlingen, Fellbach, Feuerbach, Ludwigsburg, Stammheim und Ruffenhaußen, ferner für Ulm, Heilbronn und Bödingen. Im übrigen wurde das Wohnungsmangelgesetz in stets widerwilliger Weise außer Kraft gesetzt, wobei zur Vermeidung von Härten für den Befall eines Beschlagnahmeverhältnisses eine viermonatliche Schonfrist vorgesehen wurde.

Auch die Erfahrungen mit der Regelung über teure Wohnungen haben es ermöglicht, daß mit sofortiger Wirkung die Grenzzahlen für teure Wohnungen wieder etwas herabgesetzt und damit der Preis der Wohnungen, die vom Reichsmietengesetz und Mieterkündigungsgesetz ausgenommen sind, erweitert werden. Danach sind künftig Wohnungen mit einer Friedensmiete von 1500 und mehr Mark in Stuttgart (bisher 1800), von 800 und mehr Mark in Ulm, Eßlingen, Reutlingen, Tübingen, Göppingen, Ludwigsburg, Feuerbach und Ruffenhaußen (bisher 1100 und 1000), von 600 und mehr Mark in den übrigen Städten mit über 10 000 Einwohnern (bisher 800) und von 400 und mehr Mark in den übrigen Gemeinden des Landes (bisher 600 und 500) sogenannte teure Wohnungen. Weiter wurden die mit Wohnanlagen verbundenen Geschäftsräume, deren

Gesamtschuldensumme das Einundneinhalbfache (bisher das Doppelte) der oben angeführten Grenzzahlen erreicht oder übersteigt, nunmehr von dem Reichsmietengesetz und dem Mieterkündigungsgesetz ausgenommen. Zur Vermeidung von Härten dienen wie bisher Uebergangsbestimmungen (insbesondere die sechsmonatliche Schonfrist für Räumungen).

Vorläufige Erwiderung der Stadtverwaltung zur Hochschulfrage

Stuttgart, 23. Jan. In der nichtöffentlichen Sitzung der Bauabteilung des Gemeinderats vom 16. Januar 1931 ist diese über den Stand der Verhandlungen über die Bauplanfrage für die Technische Hochschule unterrichtet worden, insbesondere über die Ablehnung des letzten städtischen Vorschlags, die Hochschule in Verbindung mit den Sport- und Spielanlagen auf dem Wasen zu erstellen. Die Bauabteilung hat beschlossen, dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung vom dem Stand der Angelegenheit Kenntnis zu geben und eine neue Beschlussfassung zu veranlassen. Die Stadtverwaltung erklärt nun zu dem bekannten Bericht der Bauabteilung des Finanzministeriums:

1. Um der Einwohnerschaft ein objektives Urteil zu ermöglichen, wird das Bürgermeisteramt den Briefwechsel zwischen Staat und Stadt veröffentlichen.

2. Die Stadt kann nur bedauern, daß ihr letzter Vorschlag abgelehnt wurde, ohne daß dessen planmäßige Darstellung und Untersuchung durch den von der Stadt beauftragten Prof. Bonag abgewartet und ohne daß der Stadt, worum sie gebeten hat, die Gutachten über die Ueberbaubarkeit des Wasens zugänglich gemacht worden wären.

3. Die Stadtverwaltung ist der Auffassung, daß bei der endgültigen Entscheidung der Frage durch die zuständigen Stellen auch der Wasenplan mit in Betracht gezogen werden muß. Sie legt dabei voraus, daß die vom Staat berechneten hohen Mehrkosten für das Wasenprojekt tatsächlich nicht entstehen. Städtische Untersuchungen darüber sind im Gang.

4. Die Stadt nimmt wie der Staat für sich in Anspruch, die Hochschulfrage gemessenhaft geprüft und behandelt zu haben. Sie wird nach wie vor bemüht bleiben, diese wichtige Frage einer Lösung auf einem Gelände in Stuttgart entgegenzuführen, wobei, wenn der Weihenhof und der Wasen endgültig auscheiden, für die Errichtung der Hochschule noch andere Plätze in Stuttgart in Frage kommen, über die bei dem beiderseits vorhandenen guten Willen eine Verständigung möglich sein wird.

Stuttgart, 23. Januar.

Der Arbeitsmarkt im Bezirk des Landesamts für Südwestdeutschland. Am 15. Januar 1931 standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 140 005 Personen, in der Krisenunterstützung 27 858 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 26 513 oder 18,8 v. H. von 141 350 auf 167 863 Personen (141 932 Männer, 25 931 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 75 814 gegen 64 032 und auf Baden 92 049 gegen 77 318 am 31. Dezember 1930. Im Gesamtbezirk des Landesamts Südwestdeutschland kamen Mitte Januar 1931 auf 1000 Einwohner 334 Hauptunterstützungsempfänger gegen 22,5 zur gleichen Zeit des Vorjahrs.

Göhler bleibt. Der Vorstand des Landesamts für Denkmalpflege und Direktor der württembergischen Altertümerverwaltung, Prof. Dr. Göhler, hat den an ihn ergangenen Ruf auf die Stellung eines Direktors der römisch-germanischen Kommission des archäologischen Instituts des Deutschen Reichs in Frankfurt a. M. abgelehnt. Es ist erfreulich, daß es gelungen ist, die hervorragende Kraft Göhlers dem Land Württemberg zu erhalten.

L. C. Der württ. Landtag befaßt sich mit der Schächtfrage. Nachdem die württ. Tierkühnvereine im Landtag einen Antrag eingebracht haben, wonach das Schächten ohne vorherige Betäubung durch Landesgesetz verboten werden soll, ließ sich der Wirtschafts- und Verwaltungsausschuß des Landtags die verschiedenen Schlachtmethoden im Stuttgarter Schlachthof praktisch vorführen. Im Stuttgarter Schlachthof wird vorwiegend mit Bolzenschuß-Apparaten gearbeitet, bei dem die Betäubung der Tiere mit blitzartiger Geschwindigkeit vor sich geht. Den Abgeordneten wurde auch das elektrische Betäubungsverfahren an Groß- und Kleinvieh vorgeführt, das einen guten Eindruck machte. Vergleichsweise wurde auch das Schächten praktisch vorgeführt. Die Tierkühnvereine verlangen, daß die Tiere vor dem Blutentzug betäubt und somit Qualen vermieden werden. Bayern hat bekanntlich das Schächten ohne vorherige Betäubung unlängst gesetzlich verboten. Das bayerische Gesetz werde aber dadurch umgangen, daß man in den in württ. Grenzgebieten gelegenen gemeindlichen Schlachthäusern schächten lasse. Das soll nunmehr dadurch verhindert werden, daß auch für das Land Württemberg das betäubungslose Schächten verboten werden solle.

Katholisches Landesamt. Zum katholischen Landesamt, das vom 2. bis 5. März in Stuttgart stattfindet, haben sich 75 Kandidaten gemeldet. Seit vielen Jahren ist dies die Höchstzahl.

Gehaltsabbau bei den Angestellten. Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden der württ. Industrie haben zu einer Vereinbarung über die Herabsetzung der bestehenden Mindestgehälter der württ. Industrieangestellten vom 1. Februar ab geführt. Nach der Vereinbarung bleiben die Gehälter bis 125 RM. ungekürzt, diejenigen bis 263 Mk. erfahren eine Senkung von 4 Prozent, darüber hinaus um 5 Prozent.

Den 25. Wildddieb gefaßt. Alfons Michler, Revierjäger in Freudental, angefaßt von der Stuttgarter Jagdgesellschaft für die Gemeindegarden Löchgau, Erligheim, Hofen und Walheim, erhielt für das Fassen des 25. Wildddiebs den goldenen Ehrenhirschjäger im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Jagdschützenverbands mit Ehrendiplom ausgehändigt.

Zugsänderung. Von der RBD. wird mitgeteilt: Der Personenzug 650 erhält von Sonntag, 1. Februar 1931. an

Wer verkauft sein Haus

evtl. mit Geschäft oder sonst. Anwesen hier od. Umgebung? Nur Angebote direkt vom Besitzer unter V. 10 an den Verlag der „Vermiet.- u. Verkaufs-Zentrale“, Frankfurt a. M., Goetheplatz 22.

auf der Strecke Waiblingen—Stuttgart-Hbf. folgenden veränderten Fahrplan: Waiblingen ab 22.52, Fellbach ab ohne Halt, Sigt. Canstatt 23.03—23.04, Stuttgart-Hbf. an 23.12, Reisende nach Fellbach benützen ab Waiblingen den unmittelbar nachfolgenden Zug 602 Waiblingen ab 22.59, Fellbach an 23.05.

Er kann das Stehlen nicht lassen. Ein unverbesserlicher Dieb ist der 55 J. alte Tagelöhner Adolf Breckle von Ohlweil. Fast die Hälfte seines Lebens hat Breckle, der das Stehlen auch dann nicht lassen kann, wenn es ihm verhältnismäßig gut geht, in Strafanstalten verbracht. Letztmals wurde er im Frühjahr 1929 aus dem Zuchthaus entlassen. Er zog im Land umher und suchte hauptsächlich Pfarrhäuser und wohlhabendere Mitglieder von christlichen Gemeinschaften auf. Wiederholt wurde er gastfreundlich aufgenommen. Zum Dank dafür staltete aber Breckle später den Wohnungen dieser Bekannten während ihrer Abwesenheit Besuche ab, holte Baroed und nahm mit, was ihm sonst noch stehenswert erschien. Schließlich wurde er vor einigen Wochen in Redartenslingen festgenommen. Das Landeskriminalpolizeiamt hat durch die Einvernahme des Breckle acht solcher Diebstähle, bei denen ihm teilweise namhafte Beträge in die Hände fielen, aufgeklärt. Breckle ist Gewohnheitsverbrecher. Vor vielen Jahren wurde er auf der Flucht angeschossen, wobei er die rechte Hand verlor.

Vom Tode. Auf der Gäubahn wurde vormittags ein 24 J. a. Mädchen, das sich vom Zug überfahren lassen wollte, von dem heranziehenden Zug zu Boden geworden. Es erlitt jedoch keinerlei Verletzung und wurde in das Bürgerhospital verbracht.

Aus dem Lande

Hohenheim, 23. Jan. Landwirtschaftliche Hochschule. Der Staatspräsident hat die Wahl des ordentlichen Professors Dr. Schröder zum Rektor der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim für das Studienjahr 1931/32 bestätigt.

Münster a. N., 23. Jan. Bürgerversammlung für Anschluß an Stuttgart. Gestern fand hier eine Bürgerversammlung statt, die zu dem Eingemeindungsvertrag mit Stuttgart Stellung nahm. Nach einer Ansprache wurde mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die Bürgerversammlung in der Eingemeindung von Münster nach Stuttgart einen Fortschritt erblickt und daß sie den Gemeinderat von Münster ersucht, in diesem Sinn die Verhandlungen mit Stuttgart zu Ende zu führen.

Juffenhäuser, 23. Jan. Verbräht. In der Küche eines Hauses der Langestraße fiel ein 23. a. Knabe in einen mit heißem Wasser gefüllten Kübel. Er erlitt schwere Verbrühungen, an deren Folgen er tags darauf starb.

Sindelfingen, 23. Jan. Auf dem Eis eingebrochen. Gestern abend brach auf dem hiesigen See (Freibad Seemühle) ein Knabe von acht Jahren auf dem Eis ein. Der bei Rente in Dienst stehende Knecht Maier rettete den schon mehrmals untertauchenden Knaben mit eigener Lebensgefahr vom Tod des Ertrinkens.

Gmünd, 23. Jan. Aus der Edelmetallindustrie. Der Verband für das Gmünder Edelmetallgewerbe hielt dieser Tage seine Jahresversammlung ab. Aus dem dort gewählten Ausschuss wurde Fabrikant Ed. Forster zum Verbandsvorsitzenden für das Jahr 1931 bestimmt; seine Stellvertreter sind die Herren Eugen Köhler und Hermann Held.

Ellwangen, 23. Jan. Ehrung. Der Gemeinderat bezahlte den ersten Preisen gekrönten lateinischen Dichters und Sanskritforschers Studentat Dr. Weller eine noch zu bestimmende Straße „Hermann Weller-Straße“ zu benennen. Abschloß, zur Ehrung des im internationalen Wettkampf mit

Vom Ries, 23. Jan. Beim Kammerfensterln. In Jüwlingen bei Rörblingen gerieten in der Nacht gegen zwei Uhr mehrere Burschen beim Kammerfensterln in heftigen Streit, in dessen Verlauf der Landwirtssohn Georg Weyer mehrere Stiche in beide Beine erhielt und schwer verletzt in die elterliche Wohnung verbracht werden mußte. Der Täter will in Notwehr gehandelt haben.

Jagstetten M. Rünzingen, 23. Jan. Todesfall. Im Alter von 77 Jahren verschied Altschultheiß Joseph Bender. Vom Jahr 1913—1923 war er Ortsvorsteher. Am 9. Juli 1918 starben seine beiden ältesten Söhne den Heldentod.

Willmandingen, M. Reutlingen, 23. Jan. Keine Wohnungsnot. Von den zehn bis zwölf leerstehenden Wohnhäusern mit Scheuern kamen auf einmal drei Stück auf dem Rathaus zum öffentlichen Verkauf, aber nur eines davon wurde für 1000 Mark angekauft. Für die beiden anderen wurde kein Angebot gemacht, trotzdem es hier viele junge Leute im heiratsfähigen Alter gibt.

Calw, 23. Jan. Ministerbesuche in Calw. Wie das „Calwer Tagblatt“ erfährt, werden demnächst die Minister Dr. Dehlinger und Dr. Maier unsere Stadt besuchen. Dr. Dehlinger spricht am übernächsten Sonntag als Hauptreferent in der Generalversammlung des Landw. Bezirksvereins.

Göppingen, 23. Jan. Schepperle dienstentlassen. Wie ein hiesiges Blatt erfährt, ist der frühere Vorstand der hiesigen Sozialdemokratischen Partei, der stellvertretende Vorstand des Bezirksamts Göppingen-Weislingen, Ehr. Schepperle, aus dem Reichsdienst vom Reichsarbeitsminister entlassen. Eine Weiterverwendung scheint nach dem Borgefallenen nicht mehr in Frage zu kommen.

Kanalisation und Kläranlage. — Rein Abbau von Stadträten. In der gestrigen Gemeinderatssitzung erstattete der Stadtvorstand den Jahresbericht. Die Stadt befindet sich in geordneten Verhältnissen. Ein breiten Raum nahm die Besprechung des Projekts der Kläranlage und der Kanalisation ein. Der Kostenvoranschlag ist jetzt fertiggestellt und nennt als Gesamtschuldsumme 1 Million Mark. Die Durchführung des Plans wird sich auf eine Reihe von Jahren erstrecken müssen. Der Gemeinderat entschloß sich, das Projekt in Angriff zu nehmen. Ein Antrag, die Zahl der Gemeinderäte von 30 auf 24 herabzusetzen, wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Preisabschlag der Fleischwaren. Die Schlachthausdirektion teilt mit, daß ab Samstag, 24. Januar, die Preise und Wurstpreise in Göppingen weiter gesenkt werden. Die Bündpreise sind demnach folgende: Rindfleisch 1 M (jetzt 1,05), Kalbfleisch 1 M (1,10), Schweinefleisch mager 1 (1), Bauchlappen 90 S (1 M), Rühfleisch 60—70 S (80 S).

Ehingen a. D., 23. Jan. Mit einer Schußverletzung aufgefallen. Gestern fand man unweit der Stadt die Kaufmannsgattin Bleicher mit einer schweren Schußverletzung auf. Die in den mittleren Jahren stehende Frau wurde sofort in das Bezirkskrankenhaus übergeführt, wo sie an einem Lungenabszess hoffnungslos darniederliegt. Ob Unschuld oder Selbstverletzung vorliegt, ist bisher nicht ermittelt worden.

Saulgau, 23. Jan. Ein Opfer des Kriegs. Der städt. Hausverwalter und Musikdirektor Landgraf ist im Alter von 48 Jahren an den Folgen seines langjährigen Nierenleidens, das er sich im Feld zuzog, gestorben. Am Vorabend wohnte er noch einer Musikprobe der Stadtkapelle an. Der Verstorbene war seit 1. September 1923 als städt. Hausverwalter und seit 1. Dezember 1923 als Musikdirektor der Stadtkapelle tätig. Jahrelang stand er als Militärmusiker beim deutschen Heer, machte den ganzen Weltkrieg 1914/18 mit und schied im Jahr 1919 als Stabstrompeter und Leutnant a. D. aus dem Infanterieregiment 20 in Ludwigsburg aus.

Riebhäuser O. Saulgau, 23. Jan. Holzhauerlos. Im Gräfl. Wald wurde der Holzhauer Albert Buch von Riebhäuser von einer fallenden Tanne so unglücklich getroffen, daß er mit schwerer Verletzung vom Platz getragen werden mußte.

Weingarten, 23. Januar. Einbruch. In der Nacht auf Freitag statteten Diebe dem hiesigen Forstamtsgebäude einen Besuch ab und stahlen ein Jagdgewehr (Hahnendrilling) im Wert von etwa 300 Mark. Als Täter kommen nach den festgestellten Spuren zwei Personen in Betracht.

Gebrazhofen, O. Leutkirch, 23. Jan. Brand. Im Sägewerk Hermann hier brach infolge Wärmelaufens eines Motors Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß eine Rettung der Holzvorräte nicht mehr möglich war. Der Schaden an Material und Maschinen scheint beträchtlich zu sein.

Friedrichshafen, 23. Jan. Vergiftet in der Badewanne aufgefunden wurde am Donnerstag früh durch ihre älteste Tochter die verwitwete Frau Inspektor Mina Haas. Der Gashahn im Badezimmer war geöffnet. Man nimmt an, daß die allgemeine wirtschaftliche Notlage die Frau in den Selbstmord getrieben hat.

Zander-Einsatz im Bodensee. Vorgestern wurden dem Württ. Fischerei-Verein am Bodensee 1000 Stück Jung-Zander, etwa 6 bis 8 Zentimeter lange Fische, vom Württ. Landesfischereiverein zum Einsatz in den Bodensee überandt. Die Fische sind gesund hier eingetroffen und wurden von Fischereimeister Werner im Dampfschiffhafen ausgelegt.

Tom bayer. Allgäu, 23. Jan. Betriebseinstellung. Der Schnee auf der Hochstraße ist so hoch, daß das österreichische Postauto von Reutte nach Schattwald-Hindelang vorerst den Betrieb einstellen mußte.

Trillingen in Hohenz., 23. Jan. Brand. In der Nacht zum Donnerstag ist im landwirtschaftlichen Anwesen des Josef Hipp Feuer ausgebrochen. Durch Flugfeuer ist der Brand auf das Anwesen des Bauarbeiters Sebastian Würkle übertragen worden. Die Gebäulichkeiten des Erstgenannten sind ganz niedergebrannt; vom Haus des Würkle ist der Dachstuhl zerstört worden. Beide Brandfelder sind ungenügend versichert.

Für Erhaltung der Länder

Dr. Dehlinger zu den Vorschlägen des Reichsparlamentarischen Ausschusses. Am Sonntag sprach in der Hauptversammlung des Landes. Bezirksvereins Besigheim Finanzminister Dr. Dehlinger. Er erklärte nach einem Bericht der Redat.-Zeitung, daß heute ein Zusammenschluß nötig sei. Wenn aber dazu übergegangen werden soll, die Länder verschwinden zu lassen, so daß nur Preußen herrscht, dann ist Gefahr im Verzug. Wir haben durch den Übergang unserer Post und Eisenbahn auf das Reich genug Beispiel. Württemberg steht in Gefahr, seine eigenen Kräfte zu verbrauchen. Die katastrophale Lage der Reichsfinanzen findet nunmehr eine allmähliche Besserung. Durch die Notverordnung wurde eine Erleichterung für die Landwirtschaft eintreten. Wichtig ist es, die Selbständigkeit der Landespolitik aufrecht zu erhalten. Auch durch das Zusammenlegen von Ländern werden keine Ersparnisse erzielt. Die württ. Landespolitik ist Ordnung und Gerechtigkeit, Lebensfähigkeit, Ordnung im Staatshaushalt. Württemberg hatte seit 1924—1929 kein Defizit; wie es sich für 1930 gestaltet, kann noch nicht übersehen werden. Auch die Jahre 1931—1933 werden ohne Defizit abschließen. Dem Staatsminister des Reichsparlamentarischen Ausschusses habe sich das württ. Staatsministerium nicht angeschlossen. Die Unterrichtsverwaltung verschlingt am meisten Geld. Mit der Hochschulbildung der Lehrer hat Sachsen schlechte Erfahrungen gemacht. Württemberg hat keine Änderung getroffen.

Bürgermeister Hayer-Besigheim dankte dem Minister für seinen Besuch. Er hätte gern erfahren, ob denn für die Umgebungsstraße Lauffen—Besigheim keine Mittel in den Etat eingestellt seien. In dem Sinn setzten sich die Bürgermeister Lamparter-Lauffen, Himelstein-Rirchheim und Halbenwang-Balheim für diese Umgebungsstraße ein. Minister Dr. Dehlinger zeigte sich diesem Projekt gegenüber ablehnend. Mittel seien hierfür keine vorhanden, noch dringendere Aufgaben müssen zurückgestellt werden. Aufgeschoben sei jedoch nicht aufgehoben.

Lokales.

Wildbad, den 24. Januar 1931.

Vortrag. Wir verweisen nochmals auf den heute abend stattfindenden Vortrag von Herrn Dr. Lehmann über das Thema: Was die Hausfrau über angebliche Gifte, giftfreie Heilmittel und sogenannte Ernährungsreformen wissen muß. Viel Wissenswertes und Lehrreiches wird dargeboten und darf daher auf das Erscheinen recht vieler Hausfrauen gerechnet werden.

Die derzeitige Erwerbslosigkeit in Wildbad. Die Erwerbslosenzahl hat in Wildbad in den vergangenen zwei Wochen ganz erheblich zugenommen. Von amtlicher Seite wird die Zahl der Erwerbslosen einschließlich die der Parzellen zwischen vier und fünfhundert angegeben. Allein die Parzellen Sprollenhäuser-Konnenmühl zählen 3. Zt. weit über hundert Erwerbslose. Wildbad und Döbel stehen prozentual in Bezug des Anteils der Erwerbslosenziffer im Oberamtsbezirk an erster Stelle. Unsere Nachbarstadt Reutenburg dagegen hat bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 2900 nur 120 Erwerbslose, das sind kaum 3,5 Prozent wohnge-

gen der Reichsdurchschnitt in der letzten Woche ca. 6 Prozent betrug. In Wildbad geht dagegen nahezu jede zehnte Person stempeln.

Schauspielhaus Pforzheim. Sonntag nachmittag wird zu kleinen Preisen der größte Lacherfolg der diesjährigen Spielzeit „Hulla die Bulla“ gegeben.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Todesfall. Im Haag ist die berühmte russische Tänzerin Anna Paulowa an einer Bruchpneumonie gestorben.

Lawineneinbruch. Bei Banneval (Savoigne) wurden sechs junge Leute, die Heu von den Bergen holten, von einer Schneelawine verschüttet. Drei konnten sich retten, die andern drei fanden den Tod unter den Schneemassen.

Zwei an einem Skifurs in Kuehtal (Tirol) teilnehmende Herren, Oberregierungsrat Anders aus Wuppertal und ein Ingenieur Kasper aus Prag bekamen am 22. Januar, obwohl sie davor gewarnt worden waren, den Birkkogel. Beim Ueberfahren eines Grats löste sich eine Lawine und verschüttete beide Skifahrer. Bis gestern abend war es noch nicht gelungen, die Verunglückten zu bergen.

Großfeuer. In Kladow (Tschechoslowakei) sind in der Poldi-Eisenhütte sämtliche Werkstätten, der größte Teil der Hammerpochwerke und des Lagers abgedrannt.

In der Nacht auf Freitag brach in einer Kartonnagenfabrik in Mainz ein Brand aus, der das ganze Gebäude bis auf die Grundmauern einschichtete. Nur einige wertvolle Maschinen wurden gerettet.

Schiffsuntergang. Der nach Stambul fahrende russische Dampfer „Javassia“ ist im Sturm im Schwarzen Meer mit 14 Fahrgästen und 36 Mann Besatzung untergegangen.

Ein englischer und ein griechischer Dampfer werden vermisst.

32 500 Personen in Amerika durch Autos getötet. Die Zahl der in den Vereinigten Staaten im Jahr 1930 bei Autounfällen ums Leben gekommenen Personen beträgt 32 500 gegen 31 215 im Jahr 1929.

Gasbetriebene Omnibusse. In Italien und Frankreich ist jüngst das Gas in einen scharfen Wettbewerb mit dem Benzin eingetreten, und zwar unter der Ausnutzung von Untersuchungsergebnissen, die bereits vor Jahren in Deutschland gemacht werden konnten. Es handelt sich um die Idee, bei Omnibussen, Lastkraftwagen usw. Gas an Stelle von Benzin als Antriebsmaterial zu verwenden. Obwohl die feineren Versuche in Deutschland recht befriedigend verliefen — man verwandte Gas, das man auf dem betreffenden Verkehrsmittel aus Holzgasfällen usw. gewann — nahm man sonderbarer Weise davon Abstand, die Erfahrungen ins Praktische zu übersehen. In Italien und Frankreich ist man trotz der kurzen Zeit, da die Verkehrsmittel mit Gasantrieb laufen, zu so günstigen Beobachtungen gekommen, daß man sich mit dem Gedanken trägt, dieses System für die Zukunft noch weit mehr zu berücksichtigen, um so mehr, als sich aus dem Gasantrieb ganz beträchtliche Ersparnisse ergeben. Nächstens sollen noch weitere Wettbewerbe ausgeschrieben werden. Für das Gasantriebsystem zeigt sich vor allem Mailand sehr interessiert, das in absehbarer Zeit den gesamten Omnibusverkehr auf Gasantrieb umstellen will.

Die Post in Württemberg

Nach ihrem Jahresbericht hat die Deutsche Reichspost im Jahr 1930 in Württemberg eine Reihe von Verbesserungen und Betriebsveränderungen durchgeführt. Auch der Luftpostdienst ist weiter ausgebaut worden. Der Böblinger Flughafen wurde während der Sommermonate von 10 Fluglinien berührt. Die Fluglinie Stuttgart—Münch.—Marsfeld—Barcelona, die eine hervorragende gute Verbindung nach der Westschweiz, Südrheinland und Spanien bietet, wird zum erstenmal auch während des Winters an 3 Wochentagen zur Paketbeförderung unterhalten. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat im Jahr 1930 43 Fahrten mit Postbeförderung, darunter die große Südamerikafahrt, ausgeführt. Bei einigen Postämtern wurde die Zahl der Zustellgänge vermehrt und die Zustellung in den Außenbezirken verbessert. Die Paketzustellung erfolgt in weitem Umfang durch Kraftwagen. Die Bedienung des flachen Landes ist durch weitere Umstellung dieses Dienstes auf den Kraftpostbetrieb verbessert worden. Zu diesem Zweck wurden bei 4 Postämtern 7 Landkraftpoststellen mit einer großen Zahl neuer Poststellen eingerichtet. Das Kraftpostwesen ist durch Einrichtung weiterer Kraftpostlinien und Einfuhr beschleunigter durchgehender Fahrten zwischen Stuttgart und Tübingen ausgebaut worden. Der Wagenbestand ist durch Beschaffung neuer, aus zweimächtig eingetretener Omnibusse und durch Ausschleiden älterer Fahrzeuge verbessert worden. Vom 1. Juni 1930 an ist der Postkreditbrief durch den einfacheren und billigeren Postreisecheck ersetzt worden. Beiträge auf Postreisechecks werden auch von den Bahnhofswechselstuben der Deutschen Verkehrs-Kreditbank AG. ausbezahlt. Dadurch ist für die Reisenden an vielen wichtigen Verkehrspunkten die Möglichkeit geschaffen, diese Checks auch außerhalb der Dienstzeit der Postanstalt einzulösen zu lassen. Zur Verbesserung des Fernsprechverkehrs wurden im Jahr 1930 in Württemberg weitere 9 Selbstanschlußämter in Betrieb genommen und 47 öffentliche Sprechstellen neu eingerichtet.

An größeren Hochbauten wurden der Neubau für die Zentralbriefabfertigung am Hauptbahnhof in Stuttgart, der Postneubau in Goppingen, die Um- und Erweiterungsarbeiten zur Unterbringung der Selbstanschluß- und Ueberweisungsämter in Crailsheim und Leutkirch, sowie Neubauten für einige kleinere Verkehrsämter fertiggestellt.

Das Hageljahr 1930

In Württemberg sind 1930 insgesamt 89 343 Mitglieder mit 78 654 Versicherungsgeldern und 128 532 343 RM. Versicherungssumme versichert gewesen. Es waren 207 263 Hektar oder 52,49 Prozent versichert. Die Mitgliederzahl hat um 2870, die Zahl der Versicherungsgeldern um 2850, der Betrag der Versicherungssumme um 5 826 035 RM. und die der versicherten Hektare um 7215 zugenommen. 61 Oberämter mit 1076 Markungen wurden 1930 vom Hagel betroffen, nur Bodnang blieb hagelfrei. Im Jahr 1929 waren es 53 Oberämter mit 904 Markungen. Die Hagelchäden traten meist nesterweise auf, öfter mit einem Totalschaden als Kern in der Mitte, während die Wirkungen nach den Rändern sehr schnell und manchmal ohne Uebergang abnahmen. Nicht weniger als 61 Hagelstage waren in der Zeit vom 22. April bis 23. August zu verzeichnen. Es brachte also jeder zweite Tag Schadenmeldungen. Sehr viele Ortlichkeiten wurden mehrere Male hintereinander, zum Teil sogar bis fünfmal vom Hagel betroffen. Die Hauptschadenlage waren der 23. bis 26. Juni mit 3727 Schäden und einer Anmelde-summe von über 1 Million Mark. Der schwerste Schadentag war der 6. Juli mit allein 5182 Schäden und 1,5 Millionen RM. Anmelde-summe. Weitere schwere Schadentage waren der 2. August mit 1642 und der 14. August mit 1051 Schäden, sowie der 19. August mit rund 800 Schäden. Insgesamt kamen in Württemberg zur Auszahlung 15 223 Schäden bei einer verhaselten Fläche von 25 493 Hektar und einer Entschädigungssumme von 4 283 676 RM. Rund jedes 6. Mitglied wurde vom Hagel betroffen.

Württembergische Landestheater

Großes Haus, 25. Jan. Die Zauberflöte (7—10.15). 26. Theatergemeinde (Hauptmiete) B 2: Coriolan (8 bis 10.30). — 28: C 3: Aida (8—11). — 29. A 3: Carmen (7.30 bis 10.30). — 30: Tannhäuser (7.30—11). — 31: Der Rinder Weihnachtsbaum. Die Puppenfee (3.30—5.30). — 31. Auswärtigen-Miete, 2. Abt., 2. Vorst.: Coriolan (7.30 bis 10). — 1. Febr. S-Miete 1: Der liebe Augustin (7.30 bis 10.30). — 3. ThG. (Hauptmiete) C 3: Die Bohème (8 bis 10.15). — 4. StB. 40: Aida (7.30—10.30).

Kleines Haus, 25. Jan.: Eneewittchen (4—6). — 25: Elisabeth von England (8—10.45). — 27. Theatergemeinde (Hauptmiete) D 3 und in Sondermiete: Die Hochzeit des Figaro (7.30—10.45). — 28. StB. 38: Elisabeth von England (8—10.45). — 30. C 2: Richter Feuerbach (8—10). — 31. F 2 und in Sondermiete: Don Giovanni (in neuer Inszenierung) (7.30—10.30). — 1. Febr.: Eneewittchen (4—6). — 1. Der Raub der Sabinerinnen (7.30 bis 10). — 2. A 4: Sturm im Wasserglas (8—10.15). — 4. F 3: Elisabeth von England (8—10.45).

Kleines Haus, 25. Jan.: Zu Mozarts 175. Geburtstags: Morgenzkonzert (Maurerische Trauermusik). Kammerkonzert D-Roll. Haffnerlerenade 11.15—12.30. — 1. Febr.: Zu Mozarts 175. Geburtstag: Morgenzkonzert (Kammermusik) 11.15—1 Uhr.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samstag, 25. Januar:
7.00: Hamburger Hörfunk. 8.15: Morgengymnastik. 10.15: Katholische Morgenfeier. 11.00: Orgelkonzert. 12.00: Weinling-Zele. 13.00: Kleines Kapitel der Zeit. 13.15: Unsere Heimat: Winter im Wald. 15.00: Schallplattenkonzert. 15.30: Rinderhunde. 16.30: Konzert. 18.00: Vortrag: Dienst am Kunden: Die Einwaide und ihre Behebung. 18.15: Sportbericht. 18.50: Eine Stunde Kultur. 19.00: Anketten. 19.40: Platz 13. Reihe 13. Hörspiel. 20.30: Hausmusik. 21.30: Deutsche Meister der Musik. 22.00: Nachrichtenblatt. Sportbericht. 22.30: Tanzmusik.

Sonntag, 26. Januar:
6.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Morgengymnastik. 7.15: Wetterbericht. 8.00: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichtenblatt. 11.45: Werbungen der Reichspostkassette. 12.15: Wetterbericht. 12.30: Schallplattenkonzert. 12.55: Rauner Beiträge. 13.00: Schallplattenkonzert. 13.30: Wetterbericht, Nachrichtenblatt, Bericht über die Befreiung der Schwabmühlstrasse, Schallplattenkonzert. 16.30: Blumenkunde. 16.35: Konzert. 18.00: Britische Beiträge. 18.15: Nachrichtenblatt. 18.15: Vortrag: Der Arbeitsvertrag der Hausgehilfen. 18.40: Vortrag: Die armen Jünger von Peru. 19.00: Zeitangabe. 19.10: Englischer Sprachunterricht. 19.35: 8. Montagskonzert. 21.30: Der Romanist, ein Beitrag zum Kultur. 22.00: Nachrichtenblatt, Wetterbericht. 22.30: Tanzmusik.

Das neue Rundfunkhaus in Berlin, gegenüber dem Funkturm bei den Ausstellungshallen, wurde am Donnerstag abend eröffnet. Der gewaltige Bau ist nunmehr Mittelpunkt der gesamten Funkwesens.

Sport

Wintersportsonderzug Stuttgart—Freudenstadt—Baiersbrunn und zurück. Am Sonntag, 25. Januar, verkehrt folgender Wintersportsonderzug: Hinfahrt: Stuttgart Hbf. ab 5.10, durchlaufende Wagen nach Baiersbrunn vorn im Zug; Freudenstadt Hbf. ab 7.38, Baiersbrunn an 8.11. Halt in Stuttgart-West, Balingen-G., Balingen, Herrenberg, Jüriat; Baiersbrunn ab 17.55, Freudenstadt Hbf. ab 18.35, Stuttgart Hbf. an 20.43 (Anschluß nach Leonberg, an 21.38). Halt in Herrenberg, Balingen Balingen-G., Stuttgart-West.

Öly Weinhorn im Sandsturm. Die Afrikafliegerin Öly Weinhorn ist nunmehr in Billa Cisneros gelandet. Sie geriet auf der Flugstrecke Suby—Cisneros in einen Sandsturm, dem sie nur durch Umfliegen auf das Meer hinaus entgehen konnte.

80 italienische Flugzeuge über den Ozean. Nach dem gemeinsamen Flug des italienischen Geschwaders nach Brasilien unternahm General Balbo erklärte Mussolini, dieser Flug sei nur ein Vorspiel. Nun verlautet, Italien wolle im Sommer ein Geschwader von 80 Flugbooten nach Neu York schicken, dem sich die elf in Brasilien befindlichen Wasserflugzeuge anschließen würden. Es ist daher anzunehmen, daß der neue Wettbewerb für die italienische Flugzeugindustrie einen Weg über Südamerika nehmen würde.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 23. Jan. 4,204 G., 4,212 B. D. Abf.-Anf. 51,50. D. Abf.-Anf. ohne Ausl. 4,80.

Berliner Geldmarkt, 23. Jan. Tagesgeld 4—6 v. H. Der Berliner Privatdiskont wurde für kurze Sicht um 0,125 v. Hundert auf 4,75 v. H. erhöht, lange Sicht unverändert 4,75 v. H.

Bauparkassen unter staatliche Aufsicht. Das Reichswirtschaftsministerium hat dem Reichstag einen vom Reichsrat angenommenen Gesetzentwurf zugehen lassen, nach dem die Bauparkassen unter staatliche Aufsicht gestellt werden sollen. Anlaß war der Zusammenbruch verschiedener Bauparkassen mit schwerer wirtschaftlicher Schädigung. Amlich möchte man die Erziehung des Gesetzes aber auf eine möglichst ruhige Zeit verschoben wissen.

Preiserhöhung für Cofin-Roggen. Der Preis für Cofin-Roggen ist mit Wirkung vom 23. Januar bis auf weiteres um 5 RM. je Tonne auf 185 RM. kistenfrei für Abnahme bis zum 15. Februar erhöht worden. Der Preis für Kartoffelflocken wurde auf 170 RM. belassen in der Absicht, durch die Differenzierung der Preise für Cofin-Roggen und Kartoffelflocken einen Anreiz zur stärkeren Verwendung der Kartoffelflocken zu geben.

Die Verringerung der deutschen Hopfenanbaufläche. Der Ausschuss des Deutschen Hopfenverbands hat auf seiner Tagung in München u. a. beschlossen, daß die deutsche Hopfenanbaufläche allgemein um weitere 15 v. H. eingeschränkt werden soll, um die Ernte dem voraussichtlich sinkenden Bedarf der Brauindustrie anzugleichen. Ertragmehrende Maßnahmen, wie starke Stickstoff- und sonstige Düngungen, seien zu vermeiden. Auf Qualitätserzeugung sei sorgfältigster Wert zu legen. Die Regelung wurde zur Mithilfe an einem Aufruf zur Verminderung der Hopfenanbaufläche erlucht und die rasche Aufhebung der Hopfenanbauflächen mit Belgien und Frankreich gefordert.

Erhöhung der Zinkblechpreise. Der Zinkblechwerkverband mbH, Berlin, hat mit Wirkung ab 22. Januar den Grundpreis für Zinkbleche um 1,25 M für 100 Kg. ermäßigt.

Preiserhöhung für Möbelschloßer. Die Vereinigung der Möbelschloßfabriken in Belbet hat beschlossen, die Preise für Möbelschloßer um 5 v. H. dazuzusetzen, daß der bisherige Grundrabatt von 60 auf 62 v. H. erhöht wird.

Der Kartellvertrag im westdeutschen Eisenhandel dürfte demnächst unterzeichnet werden, nachdem in den wichtigsten Punkten Einigung erzielt worden ist.

Die Besteuerung des Biers. Seit dem 1. Januar 1931 ist in Deutschland das Bier mit 12 M. Reichs- und 10 M. Gemeindesteuer, zusammen 22 M. Steuern belastet. Vor dem Krieg kostete das Hektoliter Bier 20—21 M., also weniger als heute allein die Biersteuer ausmachen. Der Ertrag der Biersteuer ist im Reichshaushalt mit 550 Mill. M. für Gemeindesteuer mit 450 Mill. veranschlagt. Somit ist das Bier mit einer jährlichen Steuer von einer Milliarde Mark belastet.

Der Malzverbrauch der deutschen Brauindustrie betrug im Jahr 1930 9,7 Mill. Doppelzentner. Auf ein Hektoliter Bier entfallen im Durchschnitt 18,1 Kg. Malz.

Auch die Russen senken den Benzinpreis. Im Kampf gegen die russische Schleiendruckindustrie wurde bekanntlich kürzlich der Benzinpreis in den Zapfstellen um 2/3 für das Liter gesenkt, um ihn dem russischen Preis anzupassen. Rußland hat nun aber seinen Preis ebenfalls um 2/3 gesenkt, und man hält es für möglich, daß es seinen Preis noch weiter herabsetzen werde.

Im Gehaltsstreit der technischen und kaufmännischen Angestellten des rheinisch-westfälischen Steinkohlenvereins wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die Gehälter vom 1. Januar 1931 ab um 6 Proz. kürzt. Die neuen Gehaltsabkommen sollen bis zum 30. Juni 1931 laufen und können von diesem Zeitpunkt an mit monatlicher Frist gekündigt werden. Die Parteien sollen sich bis 24. Januar erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen.

Der am 15. Januar unter dem Vorsitz des Sonderrichters Professor Dr. v. Wöllendorf im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch, der eine Gehaltskürzung von 5 Proz. für die Angestellten der Reichs- und der preussischen Staatsverwaltung vorsah, ist von den Angestelltenorganisationen angenommen, von der Reichs- und der preussischen Regierung aber abgelehnt worden. Die Organisationen haben daraufhin den Reichsarbeitsminister ersucht, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Verbindlichkeitsklärung. Der badische Landesrichter hat den Schiedsspruch für die badische Papierindustrie für verbindlich erklärt.

Pforzheim, 23. Jan. Lohnabbau in der Schmuckwarenindustrie. Der Arbeitgeberverband der Schmuckwarenindustrie hat mit dem heutigen Tag das Lohnabkommen für die Pforzheimer Schmuckwarenindustrie auf den letzten Jahrtag im

Monat Februar, also den 27. Febr., gekündigt. Dergleichen erfolgte die Kündigung der Urlaubsbestimmungen im Rahmentarif auf den 1. März.

Allgemeine Lohnherabsetzung in Australien. Das australische Bundesschiedsgericht in Melbourne hat eine allgemeine Herabsetzung der Löhne um 10 v. H. angeordnet, da es dringend nötig sei, die australische Wirtschaft wieder gefünder zu machen. Ersterminister Scullin hatte mitgeteilt, daß die staatlichen Einnahmen sich um 2400 Mill. Mark verringert haben. Das Land habe noch niemals eine so kritische Zeit durchgemacht.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Einfindungen übernimmt die Redaktion nur die persönliche Verantwortung.

Die Erwerbslosigkeit und die Wildbader Fremdenindustrie. Seit Wochen beschäftigt weite Kreise der Bevölkerung das Problem: Behebung der Arbeitslosigkeit. Es wurde schon alles Mögliche erwogen und trotzdem das Nächstliegende, die Unterbringung eines Großteils der Erwerbslosen in der Fremdenindustrie nie erwähnt. Jährlich werden Tausende von Mark an auswärtige Hotelangestellte u. s. w. ausgegeben, während dessen selbst verheiratete Wildbader, die im Hotelfach groß geworden sind oder darin Kenntnisse besitzen, ihr Brot auswärts suchen müssen, sofern sie pekunär in der Lage sind, sich um eine auswärtige Stelle zu bewerben. Die Not ist nachgerade so groß geworden, daß unbedingt jeder Weg beschritten werden mußte, der Abhilfe spricht. Darum sei an alle Kreise der hiesigen Fremdenindustrie das Lösungsmittel gerichtet: „Deckt euren Bedarf an Arbeitskräften mit Wildbadern,“ so wie der Wildbader Gewerbetreibende die Einwohnerschaft immer wieder ermahnt: „Kauft am Plage!“ **Mehrere Arbeitslose.**

Sitzung des Gemeinderats am Dienstag den 27. Jan. 1931, nachm. 2 Uhr.

Tagesordnung:

- 1) Bauliche Verbesserungen im Schlachthaus.
- 2) Erhöhung der Schlachthausgebühren.
- 3) Gesuch um Wirtschaftserlaubnis für das alte Postamt.
- 4) Sonstiges.

Steinsprengungen.

Bei der Ausführung der Kanalisation in der Kernerstraße werden durch den Unternehmer Hermann Bött, Baugeschäft hier, vom 26. Januar 1931 an bis auf weiteres täglich von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr Steinsprengungen vorgenommen.

Bürgermeisteramt.

Sprengungen.

Bei der Ausführung von Austodungsarbeiten im Staatswald Bais in Sprollenhaus werden durch den Unternehmer Rudolf Friedrich Haag, Holzhauer in Sprollenhaus, vom 26. Januar 1931 bis auf weiteres täglich von nachmittags 2 bis 5 Uhr Steinsprengungen vorgenommen.

Bürgermeisteramt.

Hausfrauenverein Wildbad.

Am Samstag abend 8 1/4 Uhr hält im Hotel Lamm Herr Dr. Lehmann, Chemiker aus Berlin, einen Vortrag. Thema: Was die Hausfrau über angebliche Gifte, giftfreie Heilweisen und sogenannte Ernährungsreformen wissen muß.

Wir laden alle Hausfrauen zu recht zahlreicher Beteiligung ein. Eintritt auch für Nichtmitglieder frei.

„Gasthaus zum Anker“

Heute und morgen **Mebelsuppe**

wozu freundlich einladet Paul Jaug.

KK Kleinkaliber-Schützenabteilung des Krieger- und Militär-Bereins Wildbad.

Am Samstag den 24. Januar 1931, abends 8 Uhr, findet in der Rennbachbrauerei (Nebenzimmer) die

ordentliche Hauptversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht,
2. Kassenbericht,
3. Neuwahlen,
4. Verschiedenes.

Volizähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag, den 25. Januar 1931
Nachm. 3.30 Uhr — Zu kleinen Preisen

Der große Lacherfolg

Hulla di Bulla

Schwank in 3 Akten von Arnold und Bach

Beginn 3.30 Uhr — Ende 5.45 Uhr

Turnverein Wildbad e. V.

Am Sonntag den 25. Januar 1931, nachm. 4 Uhr, findet im Vereinslokal „Alte Linde“ die

ordentl. Hauptversammlung

statt. — Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Bericht der Fachwarte, 3. Kassenbericht, 4. Satzungsänderungen, 5. Neuwahlen, 6. Verschiedenes.

Im Interesse des Vereins werden die Mitglieder gebeten, sich recht zahlreich einzufinden.

Der Vorstand.



Verkaufsstelle

Pforzheim
Schloßberg 19

Südd. Möbel-Industrie
GEBR. TREFZGER, G.M.B.H. RASTATT

Das Schwimmbad

ist am Samstag und Sonntag geöffnet

Gesang- und Klavier-Unterricht

wird von konservatorisch gebildeter Dame in und außer dem Hause zu mäßigem Preis erteilt.

Gesl. Zuschriften unter F R 100 an die Tagblattgeschäftsst.

Schreibmaschinen

nebst Zubehör kaufen Sie billigst bei **GESCHW. FLUM** Buch- und Papierhandlung.

Eine **kleine** Anzeige ist besser **als keine**

Ihr Kind

ist besonders in der rauhen Jahreszeit tückischen Erkältungskrankheiten ausgesetzt, wenn Sie ihm nicht täglich einige der beliebten u. bekömmlichen „Kaiser's Brust-Caramellen“ mit auf den Weg geben. Über 15 000 beglaubigte Zeugnisse sprechen für den Erfolg der echten

Kaiser's
Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen



Zu haben bei: Stadtpotheke H. Stephan; Eberhard-Drogerie K. Plappert; Wilhelm Bött; Emilie Hammer; Ludw. Kappellmann; C. Aberle, Inh. C. Blumenthal u. wo Plakate sichtbar.

Nur 7 Tage!

INVENTUR - VERKAUF

bis 31. Januar

Damenhandtaschen / Geldbeutel
und Koffer mit 10 bis 30% Rabatt
Damengürtel

R. Pfannstiel, Wilhelmstr. 23

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterbliebenen Ortsgruppe Wildbad

Am Sonntag den 25. Januar 1931, nachmittags 2 Uhr

General-Versammlung

im Gasthaus zum grünen Hof.

Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Neuwahlen, Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Schützenverein Wildbad e. V.

gegr. 1843.

Morgen Sonntag nachmittags ab 2 Uhr

Übungs-Schießen

Zahlreiche Beteiligung erwartet Das Schützenmeisteramt.

Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Wildbad e. V.

Am Samstag den 24. und Sonntag den 25. Januar findet in der Turnhalle in Neuenbürg die Lokalschau des dortigen Vereins statt, verbunden mit der Gauausstellung der Kaninchenzüchter des Enz-Nagold-Gaues. Hierzu ist Einladung an den Verein ergangen und sind unsere Mitglieder zum Besuch höflichst eingeladen.

Absahrt 1.21 Uhr.

Der Vorstand.

Die Aussteller und sonstigen Mitglieder der dem Nagoldgau angeschlossenen Enz-Nagold-Kaninchenzüchtervereinigung sollten schon den Zug 11.11 Uhr benützen, da am Sonntag nachmittags 1 Uhr im „Schiff“ in Neuenbürg die Gaugeneralversammlung stattfindet, die, wie auch die Gauausstellung, nicht gleich wieder so nah zu erreichen sein wird.

Fremdenzimmer

geeignet, 1 Kleiderschrank 2türig Nußbaum poliert, 1 Waschkommode mit weißem italienischem Marmor, 1 kleiner Tisch, 1 eiserne Bettstelle weiß Lack, 1 dreiteilige Wollmatratze, gebraucht, aber sehr gut zu 175 Mark im Auftrag zu verkaufen.

L. Amann & Sohn, Möbelfabrik, Pforzheim, Weiherstr. 5.

